

VOICES TO TRUMP – I

EDITORIAL

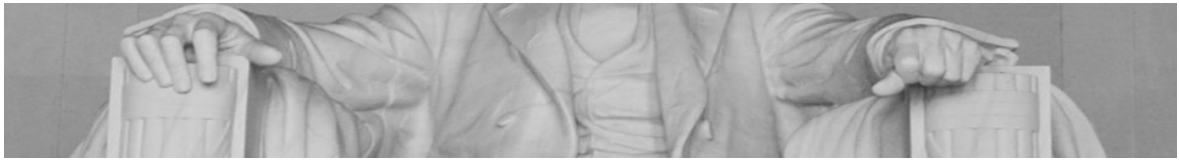
Die Wahl in den USA ist jetzt schon einige Wochen her und sowohl zur Wahl selbst als auch zum Wahlsieger, Donald Trump, scheint alles gesagt. Wir haben bei Freunden und AutorInnen von www.schwarz-auf-weiss.org nach Meinungen zum Wahlergebnis gefragt und präsentieren in zwei Teilen unsere Stimmen zum Gewinner der Wahl: **President-elect of the United States Donald TRUMP.**



Official White House Photo by Pete Souza

INHALTVERZEICHNIS – TEIL I

Harald H. Dietz: Trump - unser aller Bruder	2
Ulrike Rainer: Jetzt haben wir den Salat	7
Mathew D. Rose: Die unheilige neo-liberale Dreieinigkeit	11



VOICES TO TRUMP – I

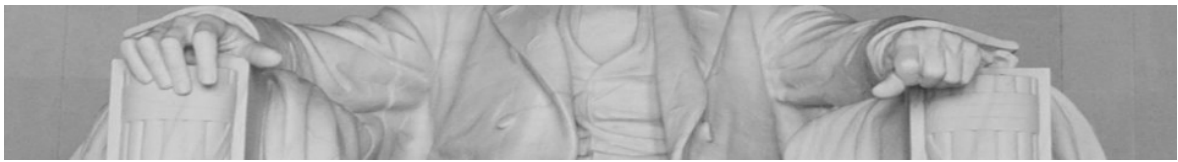
Trump – unser aller Bruder von **Harald H. DIETZ**

Der zukünftige US-Präsident Donald Trump wird sich darum bemühen, Amerika wieder „great“ zu machen. Sein Fokus ist die eigene Nation, die ideologische Überhöhung des Zufalls der Geburt. Diese Perspektive hat er gemein mit fast allen, die ihn jetzt kritisieren. Die sich deswegen auch schwer tun, ihn wirklich zu kritisieren und sich deshalb auf Nebensächlichkeiten und Lügen verlegen.

Das fängt bereits damit an, wie man Trumps Wahlergebnisse in Richtung „Ausdruck von Rückständigkeit“ verlügen will. Aufmerksamen Beobachtern und Wahlstatistikern ist aber nicht entgangen, dass Trump keineswegs nur von einer (angeblich rassistischen) weißen Ü35-Arbeiterschicht ins Amt gebracht wurde. Er hat hohe Stimmanteile bei Frauen (und das bei einer Gegenkandidatin!) und bei Farbigen (sogar bei Latinos). Das hat er geschafft, weil er zwei Familiengeheimnisse der amerikanischen Demokratie offen ansprach: die wirtschaftliche Lage stellt sich nur aus der Sicht des gehobenen Mittelstandes und großer Geldvermögen als „great“ dar – der Lohnempfänger, oft hochverschuldet, weiß kaum noch, wie er klar kommen soll. Dazu kommt: viele Menschen haben genug von den Kriegen der USA, sie sehnen sich nach Frieden.

Trump hat beide Interessen angesprochen (Jobs schaffen, Verständigung mit Putin). Man kann getrost davon ausgehen, dass er das nicht so gemeint hat (die Auswahl seiner Regierungsmannschaft spricht sehr dafür). Aber er oder seine Berater wussten wenigstens, was viele US-Amerikaner bewegt. Da der typische Wähler einfach nicht glauben konnte, dass es so gar keine echte Alternative zu Frau Clinton, Freundin der Wallstreet und stramme Befürworterin militärischer Gewalt, geben sollte, hat er oder sie Herrn Trump „geglaubt“. Der Wähler fällt auf den Jargon der Pseudo-Ehrlichkeit herein, der ein Problem offen anspricht – übersieht aber, dass eine wirkliche Lösung des Problems gar nicht



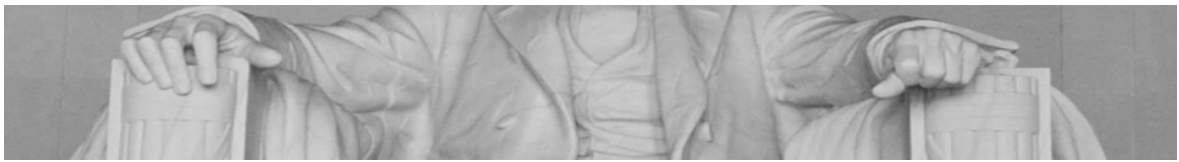


VOICES TO TRUMP – I

beabsichtigt wird. Herr Trump – oder wahlweise auch die AfD oder die LINKE – „verstehen“ die Lage des Wählers aus den Reihen der Lohnempfänger. Und wer endlich „verstehet“, dem wird unterstellt, der wolle auch „lösen“ (so will es die Alltagsvernunft, die nicht analytisch wird). Frau Clinton konnte sich zu diesem „Verstehen“ nicht durchringen, obwohl Bernie Sanders mit seinem „Verstehen“ vorgemacht hatte, wie weit man damit kommen kann (auch wenn die vermeintliche Lösung nur verschwommen vor Augen gemalt wird). Wenn doch, hätte sie Wahlkampf gegen Obama machen müssen, in dessen Regierung sie war. Undenkbar.

Einzigster Ausweg war dann, Herrn Trump als Rassisten und Sexisten zu diffamieren (also auf die Nebensächlichkeiten abzuheben). Beides ist er– aber das interessiert nicht mehr, wenn ihre Lage die große Mehrheit der Lohnempfänger drückt und niederdrückt. Wie hält man sich als konventionell-kritischer Bürger die Konsequenzen daraus vom Leib? Durch die Erzählung, hier hätten die weiße rassistische working class einen Rassisten gewählt (die Kritische Theorie mit ihrer Frustration über die Arbeiterklasse lässt grüßen).

Wir haben eine Lage vor uns, in der konventionelle Kandidaten und Parteien zunehmend nicht mehr fähig sind, soziale Unzufriedenheit und Kriegsmüdigkeit „glaubwürdig“ zu adressieren. Sie können das nicht, weil sie integraler Bestandteil einer nationalen Demokratie sind, die das Niederdrücken immer größerer Teile der Bevölkerung (durch sinkende Löhne und Sozialleistungen) notwendig findet für den nationalen Wirtschaftserfolg (und dafür auch Kriege führt). Staatliche Sozialfürsorge gilt als zu teuer, Löhne seien zu hoch für diesen Erfolg. Und sicher: gemessen an den Löhnen in China und anderswo sind sie immer zu hoch. Schon jetzt gilt für viele Lohnempfänger: Urlaub und Auto sind durch den Lohn nicht mehr zu finanzieren. Verdient wird sowieso nur der berüchtigte Lebensunterhalt, also Summen, für die ein Manager morgens nicht mal aufstehen würde und die manche Leute locker bei einer Shopping-Tour in wenigen

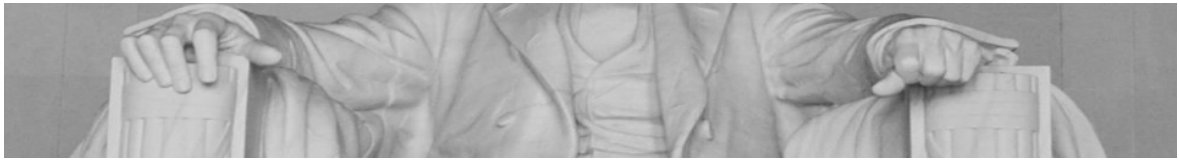


VOICES TO TRUMP – I

Stunden ausgeben. Und Summen, mit denen man Zeit seines Lebens nicht anderes sein kann als Lohnempfänger, der mit seiner Arbeit den Reichtum anderer vermehrt.

Trump und seine Geistesverwandten in anderen Ländern sprechen also an, was die konventionellen Verteidiger der Standortdemokratie sich nicht trauen – weil sie befürchten, die Büchse der Pandora zu öffnen. Vielleicht lässt sie sich nicht mehr schließen, am Ende hält dann gar der kleine Mann nicht mehr andere kleine Leute anderer Hautfarbe und Religion oder mangelndem Arbeitsethos verantwortlich für seine Misere, sondern das Establishment. Trump kann es sich leisten, den Deckel etwas anzuheben. Er bringt die nötige Bereitschaft und Härte mit (ähnlich wie die AfD), die Büchse wieder fest zu verschließen, sollte seine Wählerklientel seine Job- und Friedensversprechen allzu ernst nehmen. Die dafür nötigen Polizeistaats- und Überwachungskapazitäten existieren längst, bereitgestellt von den konventionellen Vertretern der nationalstaatlichen Demokratie, die unter dem Deckmantel „Terrorismusbekämpfung“ vorgesorgt haben für die möglichen sozialen Konflikte von morgen und übermorgen (in Frankreich benutzt man den Ausnahmezustand bereits bei Arbeitskämpfen und Sozialprotesten).

Ein weiterer Pluspunkt des zukünftigen Präsidenten: Trump gehört scheinbar nicht zu den konventionellen Vertretern der Standortdemokratie, die um jeden Preis den ökonomischen Erfolg der eigenen Wirtschaftsnation sicherstellen wollen. Er hat sich die Aura des Anti-Establishment-Kandidaten verschafft; und jede (dümmlische) Attacke der Mainstream-Medien hat diese Aura noch verstärkt. Darin ähnelt er Bernie Sanders, der deutschen AfD oder auch der LINKEN. Dagegen ist schwer anzukommen. Denn soll man seitens der konventionellen Standortdemokraten sagen: „Seht, auch er ist einer von uns“? Das würde die Frage nach sich ziehen: „Wenn er oder Frau Petry oder Frau Wagenknecht oder Herr Sanders einer von euch ist, was seid ihr dann für welche? Worum geht es eigentlich in diesem Laden?“ Deshalb spricht sehr viel dafür, dass wir uns an Trump und Co zu gewöhnen haben werden. Aber die Leidensbereitschaft der Bevölkerung ist nahezu



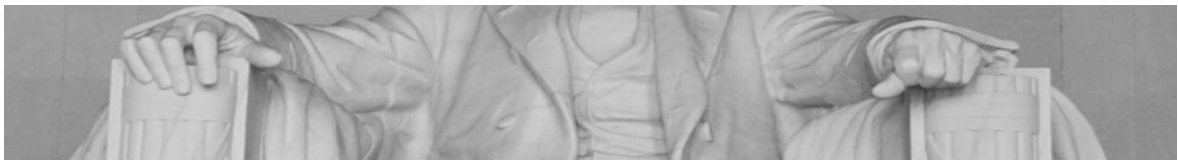
VOICES TO TRUMP – I

unbegrenzt, solange sie nur glaubt, auch etwas hässliche Härten (etwa an den Außengrenzen oder beim Umgang mit Faulpelzen in der sozialen Hängematte) seien nun mal unabdingbar für den Erfolg der Nation. Wie unbegrenzt diese Leidensbereitschaft sein kann, zeigt uns der Nationalsozialismus: Loyalität bis zum bitteren Ende.

Dass Trump einer von ihnen ist, zeigt sich übrigens auch daran, wie schnell die Demokraten von „Zusammenarbeit“ reden (selbst und gerade Bernie Sanders) und fast alle Kritik von gestern vergessen ist. Auf den Straßen protestieren die Menschen, längst im Stich gelassen von ihren Vertretern unter den Demokraten.

Und noch an einem weiteren Punkt ist Trump Teil der nationalen Erzählung, mit der der kleine Mann Woche um Woche berieselt wird und die er fest in sein Weltbild eingebaut hat: dass Arbeit sein muss, harte Arbeit. Darin ist er (Trump *und* der kleine Mann) ganz und gar der Meinung der Unternehmerverbände. Aber auch der meisten Gewerkschaften. Trump behauptet, er könne Jobs schaffen. Das wird vermutlich nicht klappen oder wenn, dann so, dass es die Misere der Lohnempfänger nicht wirklich verbessert, weil die Entlohnung in den neuen Jobs gerade mal über die Runden helfen wird.

Auch hier hat ihm das konventionelle politische Personal nichts entgegen zu setzen. Es muss ihm vielmehr zustimmen: ja, Arbeit muss sein, mehr davon, länger, schlechter bezahlt. So fordert es das nationale Interesse, das sich völlig verbunden hat mit dem Erfolg der nationalen Wirtschaft. So fordern sie es (selbst und gerade, wenn sie es „kritisch“ in Verbindung mit einem Mindestlohn fordern), so fordert es Trump. Und so muss auch gearbeitet werden, wo der Zweck einer Wirtschaft darin besteht, aus Geld mehr Geld zu machen; und dieser Zweck stellt für den Staat die Mittel bereit, mit denen er wiederum dem wirtschaftlichen Nationalerfolg dient. Nicht umsonst ist das faschistische Arbeitsethos, dessen Bemühen um das Adeln der Arbeit kaum zu unterscheiden ist von seinem normaldemokratischen Gegenstück – und in den USA allemal nicht.

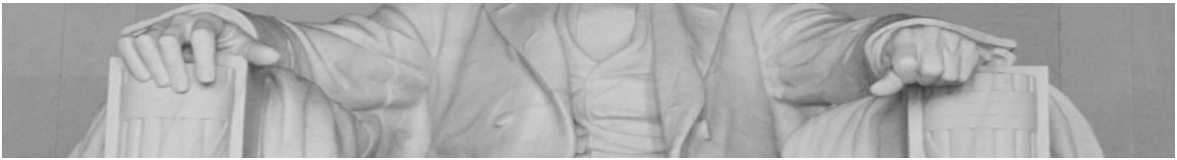


VOICES TO TRUMP – I

So muss auch hier eine echte Kritik an Trump unterbleiben. Man kann nicht darauf verweisen, dass bei aktueller Produktivität ein paar Stunden täglich in der Fabrik ausreichen würden, um alle notwendigen Güter herzustellen – dazu noch mit einem satten Überschuss für die Weltgegenden, denen es so offensichtlich an nützlichen Gütern mangelt. Denn das wäre eine ganz andere Demokratie, da sie auf einem ganz anderen Wirtschaften beruhen würde. Produzieren für den Bedarf statt für den Gewinn: wo kämen wir denn da hin! Ja, wo kämen wir denn da hin?

Trump ist also unser aller Bruder, insofern wir die Erzählung tief verinnerlicht haben, dass für den Erfolg der nationalen Wirtschaft alles getan werden müsse. Auch wenn es noch so sehr zu Lasten anderer nationaler Wirtschaften geht und der Menschen, die darin klar zu kommen versuchen (und weil sie es nicht schaffen, doch lieber zu uns kommen wollen, die wir (noch?) klarkommen in der weltweiten Wirtschaftskonkurrenz). Und auch zu Lasten der Menschen, die durch den Zufall der Geburt in den Ländern wohnen, die (noch?) Gewinner der Weltmarktkonkurrenz sind. Und auch wenn das Wirtschaften, das aus Geld noch mehr Geld machen will, absurd ist: diese Erzählung wird geglaubt – und einer ihrer legitimen Vertreter ist Donald Trump. Der ästhetische Widerwillen, der ihm von einer gebildeten, sich „kritisch“ dünkenden bürgerlich-liberalen (wahlweise auch bürgerlich-alternativen) Schicht entgegengebracht wird, führt nicht zu einer Kritik an dieser Erzählung. Trump wird viel mehr zur Projektionsfläche für all das Hässliche, das man selbst eigentlich auch gutheißt oder gemäß der Standortlogik gutheißen kann, ohne sich dessen bewusst zu sein.

Kritik an Trump geht also nur als radikale Selbstkritik (und nicht als Versöhnung mit und Akzeptanz für die abgespaltenen Hässlichkeiten). Die Chancen dafür sind schlecht, solange Geld (und das Streben nach mehr davon) die Welt regiert – und vor allem die Köpfe derer, die in dieser Art von Wirtschaft und der zu ihrem Erfolg eingerichteten Demokratie leben.



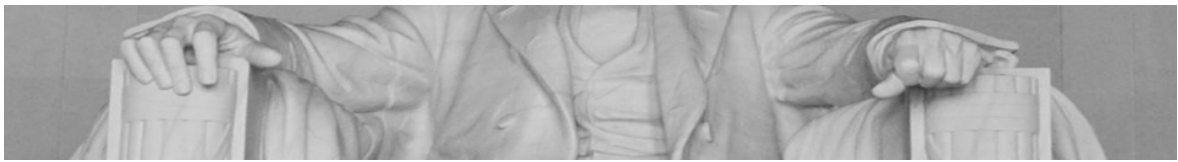
VOICES TO TRUMP – I

Jetzt haben wir den Salat von Ulrike RAINER

Warum auch setze ich immer noch auf die Vernunft, wenn man mir schon hundert mal erklärt hat, daß wir in einem Post-Fakten Zeitalter angekommen sind? Donald Trump ist nun tatsächlich Präsident geworden. Nicht etwa, daß er von der Mehrheit der individuellen Wähler die Stimme bekommen hat. Da liegt Clinton vorn, auch wenn nur ungefähr 57,9% sich auf den Weg zur Urne machten. Rund 95 Millionen blieben zu Hause, darunter viele Demokraten. Hätten sich in Michigan 11.612 mehr von ihnen bequemt, dann wären die 16 Wahlmänner Clinton zugeteilt worden. Hätte und wäre ist jetzt müßig. Auch 2000 gewann eigentlich nicht George W. Bush sondern Al Gore. Der Anfang des neuen Jahrtausends wäre sicher anders verlaufen.

Seit dem 9. November 2016 kann man meterlange Analysen, wie es so kommen konnte, lesen und endlose Diskussionen hören. Sie beleuchten das Phänomen dieser Wahl psychologisch, ökonomisch, soziologisch und politisch. Auf einen grünen Zweig ist man bis jetzt nicht gekommen. Die Politiker im Rest der Welt rätseln hin und her. Die Botschafter in Washington versuchen vergeblich, Ansprechpartner zu finden. Bisher wurden irgendwelche Erwartungen nicht bedient. Warum konnte ein ahnungsloser, vulgärer Geschäftsmann - manche sagen sogar ein Psychopath -, der selbst früher immer demokratisch wählte, so weit kommen? Und wer sind seine Anhänger? An Trump den Populisten, der die Wutbürger gängelte, glaube ich nicht so recht. Sicher, manche seiner durch ihn aufgestachelten Mitläufer, gebärdeten sich wie ein unkontrollierbarer Mob, doch es wäre billig, seine Wähler über einen Kamm zu scheren. Die Wurzeln für den angeblichen Zorn der weißen Männer und Frauen liegen weiter zurück. Ronald Reagan brach das Rückgrat der Gewerkschaften. Bill Clinton kürzte die ohnehin unzureichende

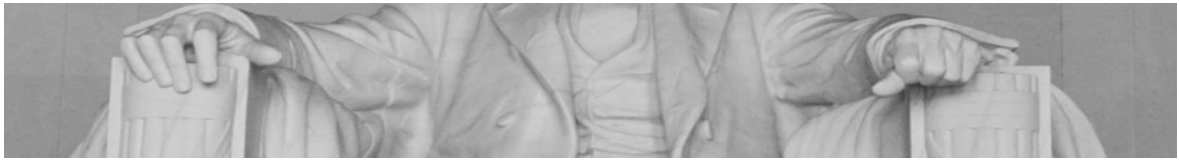




VOICES TO TRUMP – I

Sozialhilfe. Und, da sind sich alle Kommentatoren einig, mit der Globalisierung verschwand die Arbeit für all jene, die zumindest ein bescheidenes Auskommen hatten. 1999 schon schlug die Feministin Susan Faludi mit ihrem Buch *Stiffed. The Betrayal of the American Man* (Geprellt. Der Verrat am amerikanischen Mann) Alarm. Ihre Studie zeigte, daß das Wichtigste für Männer aller sozialen Klassen ist, der Rolle des Ernährers der Familie gerecht zu werden. Darin und in Werten wie handwerkliches Geschick, Loyalität und sozialem Engagement sahen sie ihre Identität. Diese Säulen des Selbstbewußtseins verschwanden nicht nur, sondern sie wurden nicht einmal mehr anerkannt. Paradox ist nur, daß sie sich jemandem wie Trump, der das Gegenteil, nämlich den skrupellosen Ausnützer eben jener Menschen, verkörpert, anschlossen. Ich nenne es Verzweiflung, Verzweiflung an einer Politik, die sich noch nicht einmal zu einem Mindestlohn aufraffen konnte und einer Elite, die zwar durchaus im Abstrakten liberal denkt, aber sich keine Gedanken macht, warum die chinesischen Kellner im Restaurant um die Ecke sechzehn Stunden am Tag arbeiten müssen, um dann mit Bussen in elende Quartiere gekarrt zu werden.

Die Flucht in den wachsenden Sektorservice bedeutet ja nur, daß auch derjenige, der schuftet, auf der Stelle tritt. Das hat Barbara Ehrenreich schon 2001 in ihrem Buch *Nickel and Dimed* (schwer zu übersetzen: der Nickel ist die 5 Cent Münze und Dime ist die 10 Cent Münze) eindringlich dargestellt. Wie Günter Wallraff legte sie sich verschiedene Identitäten zu und arbeitete mal als Zimmermädchen in Hotels, mal in Fast Food Buden, mal für eine Putzfirma. Ihre Ergebnisse sind heute genauso lesenswert wie vor fünfzehn Jahren. Keiner von den Menschen, denen sie während ihrer Recherchen begegnete, wollte ohne Arbeit sein und nahm die oft miesesten Bedingungen und Erniedrigungen in Kauf, nur um nicht von der Sozialhilfe abhängig zu werden. Aber wie lange hält man einen solchen zermürbenden Zustand aus? Erstaunlich lange, wenn man bedenkt, daß die Perspektiven für die Zukunft düster bis nicht vorhanden sind. Trump verspricht ihnen nun

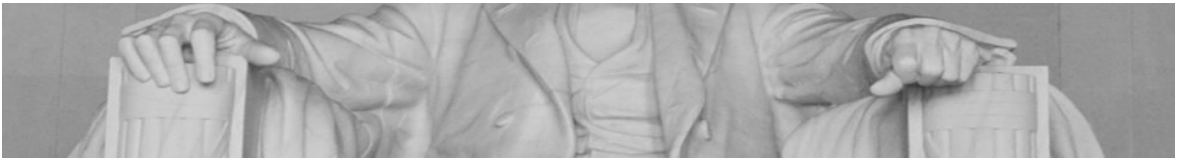


VOICES TO TRUMP – I

Reichtum, als ob er plötzlich jedem einen gewinnenden Lottoschein in die Hand drücken könnte. Sie werden bitter enttäuscht werden und sich vermutlich doppelt verraten fühlen.

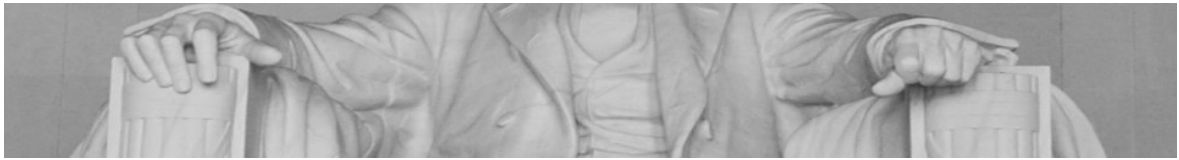
Besonders gefährlich ist Trumps entfesselte Rhetorik. Sie macht für manche nun Handlungen salonfähig, die in einer zivilisierten Gesellschaft nichts zu suchen haben. Um nur ein Beispiel von vielen zu geben. Eine Frau im öffentlichen Dienst namens Pamela Ramsey Taylor nannte auf Facebook Michelle Obama “einen Affen in hohen Absätzen” und fand Zustimmung der Bürgermeisterin Beverly Whaling. Es tröstet wenig, daß sie beide aus dem Dienst geworfen wurden. Schlimmer noch sind die Beleidigungen und Übergriffe auf Minoritäten und Muslime, die plötzlich erlaubt scheinen. Der zukünftige Präsident hat es vorgesagt und damit legitimiert. Man darf das nicht unterschätzen. Präsidenten geben den Ton an. Jetzt traut sich das Hässliche, das sich unter den Steinen versteckt hielt, an die Oberfläche zu kriechen. Was sich da pöbelnd Luft macht, ist eine Schar von Abgehängten, deren Ignoranz teilweise selbstverschuldet ist. Solide Informationen gibt es umsonst. Jedes Dorf hat eine öffentliche Bibliothek. Und wenn man Bildung gering schätzt oder sogar verachtet, dann bleiben am Ende wenige Chancen übrig. Wie oft wurde ich verhöhnt: ”Those who can’t, teach” (die, die nichts können, lehren). Das sich trotzdem einstellende Unbehagen an der eigenen Unzulänglichkeit und der damit verbundene Frust und Neid sind der sumpfige Boden, auf dem die Botschaft Trumps bestens gedeiht. Aber es gibt kein angeborenes Recht auf Glück, sondern nur ein Recht, sein Glück zu suchen. Das wird oft verwechselt.

Wie geht es weiter? Ich habe keine Ahnung, aber mir schwant nichts Gutes. Es braucht Geduld und Zeit, etwas aufzubauen. Es geht schnell, es wieder zu zerstören. Ich bin Obama dankbar, daß er für acht Jahre trotz aller Knüppel, die ihm ein republikanischer Senat und Kongress zwischen die Beine warf, souverän und intelligent einen besseren Weg ging. Nicht alle Hoffnungen wurden erfüllt. In Gedanken sage ich ihm: “I’ll miss you, Mr. President. You did the best job you could under the circumstances.” Aber Essig in die



VOICES TO TRUMP – I

Wunde zu gießen bringt nichts, und ob es genug Öl gibt, die aufkommenden Sturmwoogen zu glätten, sei vorläufig dahingestellt.



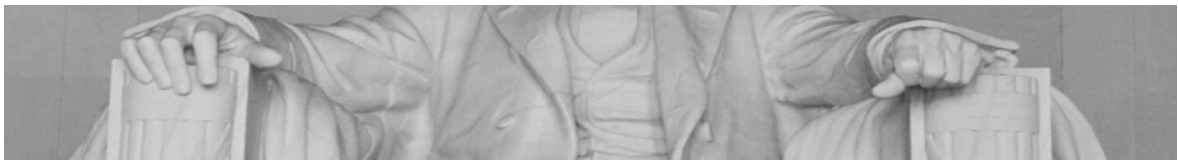
VOICES TO TRUMP – I

Die unheilige neo-liberale Dreieinigkeit

von Mathew D. Rose

Bei der Präsidentenwahl in den USA wie bei dem Referendum zum Brexit, stand eins zur Wahl: eine Fortsetzung des ökonomischen, politischen und medialen Status Quo, besser gesagt, die zerstörerische Kraft des Neo-Liberalismus. Nicht, dass viele Trump- oder Brexit-Wähler explizit von einer solchen abstrakten Analyse geleitet wurden. Sie brauchten nicht groß darüber nachzudenken. Genügend Beweise fanden sie in ihrem eigenen Alltag. Sie wissen schon, dass ihr Leben und das ihrer Kinder keine positive Perspektive hat. Ihr Einkommen, sollten sie noch ein Job haben, wächst real seit mindestens einem Jahrzehnt kaum. Sie haben gesehen wie die unheilige neo-liberale Dreieinigkeit - Internationale Unternehmen, die politischen Parteien und die Medien – im Namen der Globalisierung jubelnd ihre Arbeitsplätze ins Ausland verlagerten und ihre Gewerkschaften, die ihnen eine gewisse Kontrolle über ihre Zukunft ermöglichten, geschwächt hatten. Das soziale Sicherheitsnetz und die Leistungen des Staates, worauf früher verlass war, werden wegen „alternativloser Austerität“ rapide abgebaut. Viele der übriggebliebenen Leistungen sind in der Zwischenzeit in den Händen von Private Equity Unternehmen. Sie erhalten dafür noch viel Geld vom Staat, wobei nach dem Abzug von ihrer heftigen Rendite, nicht viel beim Volk ankommt.

Dank der täuschenden, sensationellen Berichterstattung der meisten Medien begreifen viele Menschen gar nicht, worum es ging bei den beiden Abstimmungen und sind überraschenderweise schockiert. Die haben keine Ahnung wie desaströs die Lage in den USA und den meisten Ländern Europas ist. Während sich in Deutschland Eltern vielleicht fragen, ob sie es sich leisten können, ihren Kindern Bio-Gemüse oder -Obst zu kaufen, fragen sich arbeitende britische und amerikanische Eltern, ob sie sich überhaupt frisches Gemüse oder Obst für ihre Kinder leisten können („Lassen Sie Obstkuchen essen!“ hätte

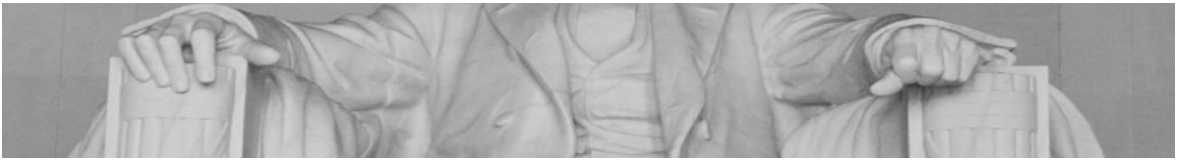


VOICES TO TRUMP – I

Marie Antoinette vielleicht erwidert). In den USA gibt es eine epidemische Drogenabhängigkeit in Bevölkerungsgruppen, die früher das Rückgrat der arbeitenden Bevölkerung waren und bei denen es früher kaum ein Drogenproblem gab. Wir wissen auch, dass es in beiden Nationen ebenfalls einen exponentiellen Anstieg von Geisteskrankheiten gibt. Dazu kommt öfters die Überschuldung, da es kaum gut bezahlte Arbeitsplätze gibt und der Staat sparen will. Die Lebensdauer von Mitgliedern dieser Gruppe wird kürzer. Für viele dieser Menschen ist die Lebensvorstellung von Orwells „1984“ schon Realität geworden: „Wenn Sie ein Bild von der Zukunft haben wollen, so stellen Sie sich einen Stiefel vor, der auf ein Gesicht tritt. Unaufhörlich.“ Viel mehr Menschen wissen, dass eine solche Zukunft nur eine Kündigung entfernt ist.

Bei der Remain-Kampagne, wie bei Hillary Clintons Präsidentschaftskandidatur, war nur mehr von demselben im Angebot: dem neo-liberalen Alptraum. Trump wie der Brexit beinhaltete zwei wichtige Versprechen: Änderung und Hoffnung. Ob diese Versprechen jemals erfüllt werden, was ich stark bezweifle, ist zunächst irrelevant. Hier war das Gegenteil von „Der Teufel, den man kennt, ist besser als der Teufel, den man nicht kennt“ der Fall. Es war eher ein Fall von: Man hat nichts mehr zu verlieren. Daran ist nichts irrational, rassistisch, frauenfeindlich oder xenophobisch.

Ich will nicht behaupten, dass es nur diese Menschen waren, die für Trump oder den Brexit ihre Stimme abgaben. Selbstverständlich waren viele Ultra-Konservative, Rassisten, sogar Wohlhabende dabei. Doch entscheidend waren die Menschen, die ihren Glauben an die unheilige neo-liberale Dreieinigkeit verloren haben. Wir wissen in der Zwischenzeit, dass in den USA die Wähler, die Trumps Sieg in den entscheidenden sogenannten Swing States ermöglichten, in den zwei vorherigen Präsidentenwahlen Obama gewählt hatten. Rassisten wählen keinen Schwarzen als Präsident, weder ein Mal, geschweige denn ein zweites Mal. Die Wahrheit ist, viele der „deplorables“ (Bedauerlichen) wie Clinton die Trump-Wähler brandmarkte, sind anständige, hart arbeitende Amerikaner und Amerikanerinnen. Das

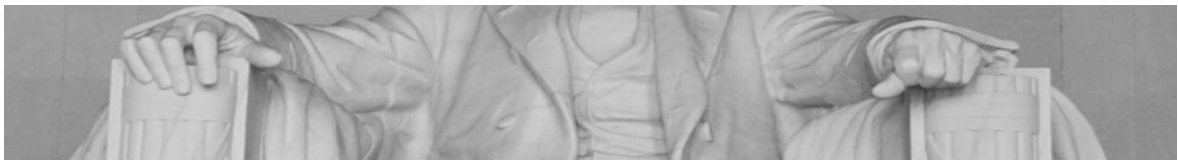


VOICES TO TRUMP – I

gleiche gilt für viele Briten, die für den Brexit stimmten. Wir wissen auch, dass, obwohl die unteren Einkommensgruppen mehrheitlich für Clinton stimmten, sehr viele zu Trump abwanderten.

Auch Obama konnte Clinton nicht helfen, da er in der Zwischenzeit so diskreditiert ist. Mit seiner Behauptung, dass Clinton seine Politik fortsetzen würde, hat er ihr einen Bärendienst erwiesen. Es war Obama der acht Jahre zuvor ebenfalls mit dem Versprechen von Änderung und Hoffnung die Wahl gewonnen hat. Was hat er gebracht? Der Steuerzahler musste die Wall Street retten. Kein Banker ist wegen seiner kriminellen Rolle bei der Kollabierung des Finanzsystems im Gefängnis gelandet. Es gibt immer noch Banken, die so groß und mächtig sind, dass sie im Notfall wieder vom Steuerzahler gerettet werden müssten. Die Ungleichheit zwischen dem *Einen Prozent* und der restlichen Bevölkerung ist radikal gestiegen. Die Reichen und die Konzerne zahlen kaum Steuer. Die USA ist in mehr Kriege verwickelt als vor Obamas Amtsperioden. Unter Obama – und Clinton - mordete die USA Hunderte von Zivilisten jährlich mit ihren Drohnen-Angriffen. Zusammen mit Angela Merkel hat Obama einen Konflikt in Europa mit Russland entfacht, den niemand braucht. Wie Trump versprochen hat, hat Obama schon drei Millionen illegale Einwanderer ausgewiesen. Arbeitsplätze hat Obama eigentlich kaum geschaffen. Die sinkende Arbeitslosigkeit hängt eher damit zusammen, dass viele längst die Hoffnung auf einen Arbeitsplatz aufgegeben haben und sie sich nicht mehr beim Arbeitsamt melden. Damit verschwinden sie aus der Statistik. Viele, die früher gutbezahlte Arbeitsplätze hatten, haben heute temporäre Niedriglohnjobs. Und: Wer ist für die NSA-Affäre verantwortlich?

Die Remain-Kampagne und Clinton benutzten die gleiche Strategie: Angst. Wenn Sie nicht uns wählen, dann wird etwas ganz Schlimmes passieren, warnten sie. Von einer Lebensperspektive wurde kein Wort gesagt. Wenn der Brexit nicht schon eine Warnung war, so war Bernie Sanders sicherlich eine. Hier war ein Mann, der sich als Sozialist

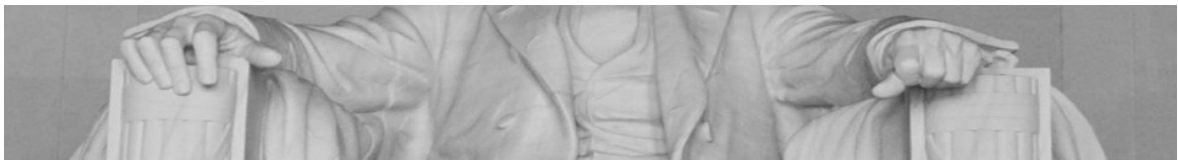


VOICES TO TRUMP – I

bezeichnete. Das wäre als ob sich hierzulande ein Kandidat als Kommunist etikettierte. Sanders Wahlkampf basierte auch auf Änderung und Hoffnung, bloß hatte er ein klares politisches Programm: Das Ende der obszönen Ungleichheit, die Zügelung der Banken, Steuergerechtigkeit, eine echte Gesundheitsversicherung usw. Die Mainstream-Medien behandelten Sanders wie Trump und brandmarkten ihn als Populist. Es gab kaum eine inhaltliche Auseinandersetzung, nur Schmähung. Doch statt nur zwei oder drei Prozent der Stimmen zu bekommen, wie prognostiziert, hat Sanders die Nominierung der demokratischen Partei fast gewonnen. Nach den Umfragen hätte Sanders gegen Trump gewonnen, was nicht der Fall bei Clinton war.

Daraus hat die politische Elite der Demokraten nichts gelernt. Sie sahen sich als alternativlos – besonders gegen einen Kandidaten wie Trump. Er sei korrupt. Was waren Hillary und die Clinton Stiftung und die meisten Demokraten (und Republikaner)? Trump würde seine Wahlversprechen nicht einhalten. Clintons Wahlversprechen widersprachen ihrem Lebenswerk. Die Demokraten galten als die Wallstreet-Partei. Den Kontakt zur Bevölkerung hatten sie längst verloren. Doch dieses System hat bisher hervorragend funktioniert. Warum sich also die Mühe geben, etwas fürs Volk zu tun? Sie waren „die Guten“, weil Ihre neo-liberale Agenda etwas langsamer als bei den Republikanern lief. Bei den Demokraten fielen ebenfalls Brosamen von ihrem unaufhörlichen Eliten-Bankettisch herunter für die Verlierer in der Gesellschaft. Der Unterschied zwischen Republikanern und Demokraten war lediglich, dass, als die Demokraten mit ihren Stiefeln unaufhörlich in die Gesichter der Bevölkerung traten, sie dazu erklärten, dass es bei den Republikanern noch schlimmer wäre.

Bei der US-Präsidentenwahl wie beim Brexit, lehnten die Wähler die ökonomische Vernachlässigung der Mehrheit durchs neo-liberale Programm und die selbstgerechte Arroganz der politischen Eliten ab. Vergessen wir nicht, dass Trump als erstes die etablierten Republikaner aus dem Präsidentschaftswahl-Rennen geworfen hat. Neu bei



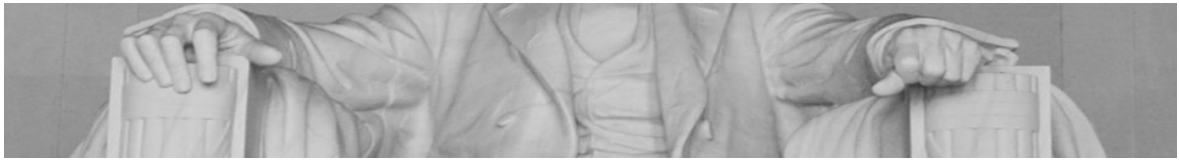
VOICES TO TRUMP – I

beiden Wahlen, Brexit wie in den USA, ist die Tatsache, dass die Anzahl der Verlierer der Globalisierung in den USA, wie im Vereinigten Königreich, in der Zwischenzeit so gewachsen ist, dass sie eine Mehrheit ermöglichen, die sich gegen die unheilige neo-liberale Dreieinigkeits durchsetzen kann.

Was sagt uns diese Entwicklung bezüglich Europa und Deutschland, wo die politische und wirtschaftliche Lage ähnlich ist?

Ökonomen betonen, dass die wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik nicht so schlimm ist, da die Bundesrepublik im vergangenen Jahrzehnt ihre Arbeitslosigkeit exportiert hat. Es ist kein Zufall, dass, nachdem die Rot-Grüne Bundesregierung den Neo-Liberalismus im großen Stil in Deutschland eingeführt hat, die Löhne ein Jahrzehnt stagnierten. Obwohl es in der EU vorgesehen war, stiegen sie nicht mit der Produktivität, die robust wuchs. Damit verteuerten sich die Produkte, die in Deutschland produziert wurden, kaum. Das Ergebnis war, dass in den anderen EU Ländern, wo die Produktivität und Löhne entsprechend gemeinsam stiegen, die dort produzierten Produkte teurer wurden, und immer weniger konkurrenzfähig gegen deutsche Produkte waren. „Beggary neighbour policy“ (Mach deinen Nachbarn zum Bettler!) heißt diese Wirtschaftspolitik. Früher wäre das kein Problem, da diese Länder einfach ihr Geld entwertet hätten und der Nachteil gegenüber Deutschland abgebaut wäre. Leider war das mit dem Euro nicht mehr möglich. Das Ergebnis ist die hohe Arbeitslosigkeit, die wir heute in vielen EU-Ländern sehen. Während man glaubt, dank der Unterstützung der Medien in der Bundesrepublik, dass hier alles bestens ist – was nicht stimmt, sieht die Lage in großen Teilen der EU düster aus, besonders für Jugendliche.

Es ist die deutsche Wirtschaftspolitik, die die EU gerade zerstört. Dank der von Deutschland auf Europa oktroyierten neo-liberalen und getriebenen Austerität erholt sich die EU-Wirtschaft von der Wirtschaftskrise 2008 kaum. Hohe Arbeitslosigkeit und



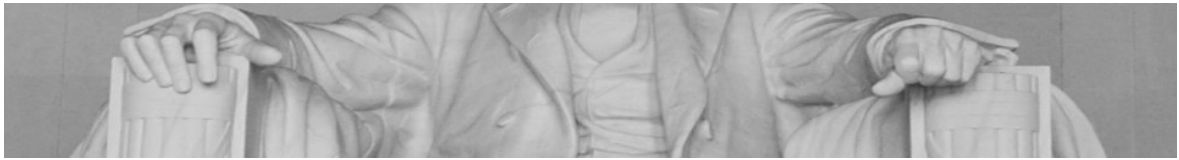
VOICES TO TRUMP – I

Deflation sind nun feste ökonomische Bestandteile vieler EU-Nationen. Man spricht von einer Depression. Gleichzeitig steigt stets die Ungleichheit der Vermögensverteilung, vor allem von der Bundesrepublik geführt. Nach der Finanzkrise zielt das politische Diktat in Europa auf die Reduzierung der Staatsschulden, nicht auf ein langfristiges Wachstum. Doch die Staatsdefizite sind weniger wichtig als wofür sie ausgegeben werden und wie dies mittel- und langfristig auf das Bruttoinlandsprodukt wirkt. Ohne Wachstum – und die Privatwirtschaft investiert kaum noch – ist die ökonomische Zukunft für große Teile der EU-Bevölkerung aussichtslos. In einer solchen Situation kann nur der Staat finanziell intervenieren und das will Deutschland partout nicht erlauben. Wie Wolfgang Münchau neulich in der Financial Times schrieb: “Wenn Sie wissen wollen, warum Angela Merkel niemals die Führerin der freien Welt werden kann, brauchen sie nicht weiter suchen. Als es wichtig war, konnte die deutsche Kanzlerin nicht mal Europa führen.“

Die EU-Elite hat ebenfalls bewiesen, dass sie nicht in der Lage ist, notwendige Änderungen herbeizuführen und wirken eher wie die Quislinge¹ dieses Jahrhunderts. Sie sind keinesfalls bereit ihre Macht, Privilegien und guten Verdienst aufzugeben. Nervös sind sie allerdings, da sie die politischen Auswirkungen der nie endenden Krise merken und spüren, sie sind aber auch machtlos gegen die deutsche Hegemonie.

Viele Menschen glauben, dass die Euro-Krise zunächst vorbei ist. Doch heute ist die größere Gefahr die Auflösung der EU statt der Auflösung der Euro-Gruppe. Am 4. Dezember stimmen die Italiener über eine Verfassungsreform ab. Dies ist in der Zwischenzeit zu einer Abstimmung über die herrschenden ökonomischen Zustände und die EU geworden. Die Gegner versprechen sich bei einer Ablehnung Änderung und Hoffnung. Sollten die Nein-Stimmen gewinnen, würde sich die EU wahrscheinlich in die nächste akute Krise hineinstürzen. Es folgt die Präsidentenwahl in Frankreich im Mai 2017. Dort

¹ A *quisling* in Norwegian, English and in Scandinavian languages, is a person who collaborates with an enemy occupying force.



VOICES TO TRUMP – I

erinnert die Lage stark an die Abstimmungen in Großbritannien und an die Wahlen in den USA, samt den Umfragen, die Le Pen keine Chance geben.

Das Problem in den USA und in Europa ist nicht der Populismus. Der ist nur ein Produkt der wachsenden Vermögensungleichheit und der schwindenden ökonomischen Aussichten eines großen Teils der Bevölkerung. Das muss sich dringend ändern. Das wird auch bedeuten, dass die Globalisierung neu orientiert werden müsste. Was benötigt wird, ist eine gerechte und nachhaltige Zukunft, nicht nur für die USA und Europa, sondern für die Welt. Das einzige was Deutschland anzubieten hat, sind weitere vier Jahre Merkel.